

„Laut Internationaler Energieagentur (IEA) seien allein für die Energieinfrastruktur bis 2030 weltweit Investitionen von 16.000 Milliarden US Dollar nötig.“ (Michael Paula, Innovationsministerium bei den „World Sustainable Energy Days“ in Wels. Kurier, 14. März 2008)

ARA diese Überschüsse auch dazu verwendet, die Gewerbesteuer weitaus mehr zu senken als die Haushaltstarife, wo sie über ein Monopol verfügt, um Mitbewerber im Gewerbebereich vom Markt zu verdrängen. Wenn ARA die Vorwürfe nicht entkräften kann, werde ein Antrag ans Kartellgericht folgen, so ein Sprecher der BWB. HO

DEUTSCHLAND

ATOMKONSENS BESTÄTIGT

Neuerlich hat ein Verwaltungsgericht die Beschwerde eines AKW-Betreibers gegen den Deutschen Atomkonsens abgewiesen.

→ Um eine Laufzeitverlängerung des ältesten derzeit in Deutschland noch betriebenen AKWs zu erreichen, hatte der RWE-Konzern im September 2006 die Zustimmung zu einer Übertragung von Strommengen des stillgelegten AKW Mülheim-Kärlich auf das AKW Biblis A beantragt. 2007 hatte das deutsche Bundesumweltministerium diesen Antrag abgelehnt, da dies das deutsche Atomgesetz nicht vorsehe. Die Bestimmungen gehen auf den deutschen Atomkonsens vom Juni 2000 zurück. Regierung und AKW-Betreiber haben die Übertragung von Reststrommengen auf kostengünstigere AKWs dort so ver-



VON RUUD KLEIN



Vor etwa einem Jahr erregte der Umweltminister die Gemüter, als er zum Verzicht auf Fernreisen mit dem Flugzeug aufrief. Immerhin ist der Flugverkehr der Bereich der Mobilität, in dem die Emissionen am rasantesten wachsen, auch wenn er immer noch weit hinter dem Autoverkehr rangiert. Wie jeder Aufruf zum Mäßigung blieb natürlich auch dieser wirkungslos - angesichts der verlockenden Angebote der Billigflieger völlig verständlich.

Nein, statt Verzicht gibt es heute modernere



DR. CHRISTOPH STREISSLER*

ABLASS FÜR'S ABGAS?

Mittel der Gewissensberuhigung. Der Ökofundi, der rasch nach Bali jetten muss und der dabei so viel CO₂ in die Luft bläst wie ein Durchschnittsbürger in einem ganzen Jahr, spendet ein wenig Geld für ein Windkraftprojekt in Madagaskar - und presto: schon ist das schlechte Gewissen wie weggeblasen. Eine immer größere Zahl an Organisationen bieten mittlerweile solche Projektbeteiligungen an, mit unterschiedlichen Preisen und unterschiedlichen Ansprüchen an die Qualität der Projekte.

Den Menschen ist nach so einer Spende das gute Gewissen billig - und mir ist es Recht. Was mich ärgert, ist die Feigheit von PolitikerInnen, die auf fromme Appelle setzen, statt Entscheidungen zu treffen. Noch immer profitiert der Flugverkehr von Privilegien aus der Zeit seiner Kindertage: keine Mineralölsteuer auf Kerosin, keine Mehrwertsteuer auf Tickets. Und die Verteidiger dieser Vorteile werden nicht rot, wenn sie die Beibehaltung dieser Begünstigungen begehren, da sonst die zweistelligen Zuwachsraten im Flugverkehr einknicken könnten. Der Ablasshandel hingegen ist ihnen willkommen - er gefährdet das Geschäft nicht.

*Dr. Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.